Zeno-Zeitung

Rheder Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Isselburger Zeitung.

65. Jahrgang
Postverlagsort: Bocholt.
Postversandort: Dortmund.

Amtliches Kreisblatt für den Landkreis Borken.
Hauptgeschäftsstelle: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernsprecher 3054/55.
Bezugspreis: Abgeholt von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht 2,20 Mk. monatlich, einschließlich 25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post einschließlich 42 Pfg. Bestellgeld 2,52 Mk. — Zeno-Sammel-Anzeigenpreise: 10 Pfg. bei 22 Millimeter Breite, Stellengesuche 6 Pfg., Reklamepreis (Textbreite) 80 Pfg. je Millimeter.

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 340 | Montag, den 10. Dezember 1934 | Jahrgang 1934

Begeistertes Bekenntnis zur Schicksalsgemeinschaft des ganzen Volkes.

Der Tag der nationalen Solidarität ein moralischer und finanzieller Großerfolg.

3½ Millionen das Ergebnis des Tages.

DNB **Berlin**, 9. Dezember.

Nach den Feststellungen der Hauptsammelstelle, die bis in die frühen Morgenstunden alle Hände voll zu tun hatte, sind in Berlin von den 4000 Sammlern insgesamt 216 926,46 Reichsmark in den blauen Büchsen gesammelt worden.

Das ist das größte einer Straßensammlung, das je zu verzeichnen war und auch das des Christrosentages noch weit übertraf.

Der Erfolg ist um so höher zu veranschlagen, als die Sammeltätigkeit sich nur auf wenige Stunden erstreckte. Die Abrechnungsstelle des Propagandaministeriums notierte allein für Dr. Goebbels und Göring 12 080,70 Reichsmark.

Reichsminister Dr. Goebbels erstattete Sonntag mittag dem Führer Bericht. Er konnte dabei mitteilen, daß die Aktion im ganzen Reich reibungslos und ohne Störung verlaufen ist. Die Anteilnahme der Bevölkerung übertraf alle bisher bei ähnlichen Anlässen dagewesenen Ausmaße.

Das vorläufige Gesamtergebnis beträgt rund 3½ Millionen Reichsmark. Es läßt die Ergebnisse aller früheren Sammlungen für das Winterhilfswerk weit hinter sich zurück und stellt mehr als die Hälfte des Ergebnisses der Zeppelin-Spende des deutschen Volkes dar, für die im reichen und mächtigen Vorkriegsdeutschland ein Jahr lang gesammelt werden mußte, während die Sammelzeit am Tage der nationalen Solidarität knapp fünf Stunden betrug.

Der Führer drückte Dr. Goebbels seine besondere Befriedigung über Verlauf und Ergebnis der Aktion aus und beauftragte ihn, allen beteiligten Sammlern und Spendern seinen herzlichsten Dank zum Ausdruck zu bringen. Diesen Dank bringt Dr. Goebbels in einem Aufruf zum Ausdruck, in dem es u. a. heißt: „Der Welt haben wir alle, Sammler und Spender, ein leuchtendes Beispiel unserer inneren Geschlossenheit und nationalen Solidarität gegeben und damit einen bloßen Sammeltag zu einem wahren Fest- und Freudentag des ganzen deutschen Volkes gemacht."

Die Prominenten mit der Sammelbüchse.

DNB **Berlin**, 9. Dezember.

Trotz des zuerst ungünstigen Wetters demonstrierte am Samstag ganz Berlin für die nationale Solidarität. Schon Stunden vor Beginn der Sammlung waren die Straßen, in denen Minister, Staatssekretäre, SA- und SS-Führer, PO-Leiter und Reichs- und Staatsbeamte sich in den Dienst des Winterhilfswerkes stellen sollten, von dichten Menschenmassen gefüllt. Ueberall drängten sich die Menschen, um für das Winterhilfswerk zu spenden. Mit jubelnden Heilrufen wurden Unter den Linden vor dem Hotel Adlon Reichsminister Dr. Goebbels und Ministerpräsident Göring empfangen. In wenigen Minuten hatten sich Zehntausende zusammengefunden, die alle persönlich dem Minister ihre Gabe überreichen wollten. Keinerlei Absperrungen konnten den Strom der Menschenmasse abdämmen, so daß die Minister sofort in der Menge verschwanden und es Mühe kostete, ihnen ständig neue Sammelbüchsen zu überbringen. Zwanzig-, ja Hundertmarkscheine wechselten ab mit Kupferpfennigen und 10-Pfennigstücken. Diejenigen, denen es trotz aller Anstrengungen nicht gelang, bis zum Propagandaminister durchzudringen, pilgerten zum Ministerium, um dort ihre Gaben Dr. Goebbels abzugeben. So brachte einer ein goldenes Vorkriegszehnmarkstück, das er in einer Schublade aufbewahrt hatte, ein anderer übergab dem Ministerium die Summe von 700 Mark, die er am Vormittag in seinem Betrieb gesammelt hatte.

Als Dr. Goebbels in der Lindenpassage sammelte, drängte sich ein zehnjähriger Junge zu ihm durch und überreichte dem Minister seine Sparbüchse, die mit 3,80 Mark gefüllt war. Gleichzeitig gab er Dr. Goebbels einen Brief, in dem er schildert, wie er diese 3,80 Mark verdient hätte. Ebenfalls in der Passage ereignete sich, daß ein Arbeiter, als er Dr. Gobbels seine Spende übergab, die Worte hinzufügte: „Herr Doktor, so etwas kann nur das deutsche Volk!"

Brennpunkt der Sammelaktion war der westliche Teil der Linden und dort vor allem die Strecke zwischen der Wilhelmstraße und dem Brandenburger Tor, wo sich in den beiden ersten Stunden der Sammelaktion während des Aufenthaltes der Reichsminister Dr. Goebbels und Göring ständig wohl fast 10 000 Menschen angesammelt hatten. Punkt 16 Uhr erschien Reichsminister Dr. Goebbels vor dem Hotel Adlon, wo gleichzeitig auch Ministerpräsident Göring eintraf.

Im Handumdrehen waren Dr. Goebbels und Ministerpräsident Göring von der Menge umflutet. Schließlich griff Reichsführer der SS Himmler, der ebenfalls vor dem Hotel Adlon sammelte, persönlich ein, um gemeinsam mit der Polizei für die Aufrechterhaltung der Ordnung zu sorgen.

Das Gedränge wurde dann aber so groß, daß der Ministerpräsident in das Hotel zurückgehen mußte. Er nahm den Rückweg durch den Hinterausgang und fuhr mit Reichsführer Himmler in die Linden-Passage, wo schon seit längerer Zeit ebenfalls eine unübersehbare Menge geduldig wartete.

Nahe am Hotel Adlon sah man auch den Adjutanten des Führers, SA-Obergruppenführer Brückner, sammeln, der dauernd in einem Schwarm gebefreudiger Berliner eingekesselt war. Mehr nach dem Hotel Bristol zu tat auch SS-Gruppenführer Dietrich sein Bestes im Dienste für das Winterhilfswerk.

Nach kurzen Besuchen in den Straßen rings um das Regierungsviertel traf Dr. Goebbels gegen 18 Uhr erneut Unter den Linden ein und suchte das Hotel Adlon auf. Im Nu standen die begeisterten Massen vor dem Hotel. Wenige Minuten später erschien zu ihrer Freude der Minister an einem Fenster des ersten Stockes, gebot Ruhe und hielt dann folgende Ansprache:

„Meine Volksgenossen und Volksgenossinnen! Es ist sehr schön und beglückend, Euch alle so begeistert zu sehen. Aber ich bitte Euch, folgendes zu bedenken: Ich bin hierher gekommen, um für die Aermsten unseres Volkes zu sammeln. Das kann ich aber nur, wenn diejenigen, die schon etwas gegeben haben, weitergehen. Sonst ist es unmöglich, weiter zu sammeln, und jede Minute, die beim Sammeln verloren geht, wird den Aermsten unseres Volks genommen. Das ist nicht der Sinn des heutigen Sammelns. Die ganzen Linden herunter stehen noch ungezählte Sammler, die auch etwas in ihre Büchsen hinein haben wollen, Ich bitte Euch also, den Platz hier allmählich zu räumen. Ihr habt mir schon meinen ganzen Anzug entzweigerissen. (Stürmische Heiterkeit und Zuruf: Das kann Mutter flicken! Morgen steht dann wieder in der Emigrantenpresse, daß ich vor der Wut des Volkes ins Hotel Adlon flüchten mußte. (Stürmisches Gelächter und Jubel.) Allerdings habe ich ins Hotel flüchten müssen, ich glaube aber, nicht vor Eurer Wut. So bitte ich Euch nun, Vernunft anzunehmen und weiterzugehen und zu opfern für die Armen unseres Volkes!"

Dr. Goebbels Appell hatte sofort den gewünschten Erfolg, wenngleich sich natürlich immer aufs neue Menschen ansammelten, um der Abfahrt des Ministers beizuwohnen.

Am Potsdamer Platz sammelten u. a. die Beamten des Preußischen Staatsministeriums. Um die Gedächtniskirche sammelten Staatssekretär Meißner und Staatssekretär Lammers von der Reichskanzlei. Dr. Schacht und Staatssekretär Posse arbeiteten in der Wilmersdorferstraße, während die Staatssekretäre Pfundtner und Hierl an der Gedächtniskirche, dann am Bahnhof Zoo die Bitte um ein Opfer aussprachen. Vormittags hatte Dr. Schacht schon die Börse zu seinem Tätigkeitsfeld auserkoren, wobei Barbeträge in Höhe von 22 753 Mark zusammen kamen.

Vor dem Sportpalast hielten NSKK und Luftsportverband reiche Ernte. Selbstverständlich durfte auch die Presse nicht fehlen. Außer den Mitgliedern der Pressekammern klappperten auch viele Chefredakteure der Zeitungen und des Deutschen Nachrichtenbüros sowie anderer Korrespondenzen mit der blau-grünen Büchse. Die Pour-le-mérite-Flieger des Deutschen Luftsportverbandes empfingen geschlossen am Bülowbogen ihre Sammelbüchsen. Es dauerte nicht lange, da waren Bruno Loerzer, Udet, von Schleich, Bolle, Buckler und Veltgen umringt. Die Justiz arbeitete im Dienste der Winterhilfe unter Führung des Kammerpräsidenten Hoelscher. Vor dem Columbushaus am Potsdamer Platz sammelte Frau Dr. Goebbels. Ihre „Ernte" war besonders reich. Auf der strahlend erleuchteten Leipziger- und der Friedrichstraße waren Reichsschrifttums- und Musikkammer sowie die Reichsfilmkammer mit ihren markantesten Vertretern aufmarschiert. Vor dem Rathaus war Dr. Sahm, Berlins langer und beliebter „Ober", tätig. Auf dem Weitermarsch zum Alex konnte man u. a. Willi Fritsch und Harry Piel begegnen, die Büchse schwingend. An der Ecke Dircksenstraße standen, umkreist von dichten Menschenmassen, Max Schmeling nebst Frau Anny Ondra, um beträchtliche Beute zu machen. Auf dem Dönhoffplatz hatte u. a. der kriegsblinde Leiter des Bundes erblindeter Krieger Dr. Klein mit einigen Getreuen Aufstellung genommen. Dr. Goebbels beschloß seine Sammeltätigkeit am Tag der nationalen Solidarität um 22 Uhr mit einem Besuch in der „Lichtburg" am Gesundbrunnen beim Wedding. Er sammelte hier zusammen mit Max Schmeling, Willi Fritsch und Harry Piel.

Der Tag der nationalen Solidarität ist in ganz Berlin ohne Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit verlaufen. An den Brennpunkten der Sammeltätigkeit waren lediglich einige Ohnmachts- und leichtere Unfälle zu verzeichnen. Nach polizeilichen Schätzungen haben sich in der inneren Stadt mit dem Hauptbrennpunkt Unter den Linden etwa zwei Millionen Menschen in Bewegung gesetzt.

Besonders bezeichnend war, daß reich und arm, Soldat und Arbeiter, jung und alt, bunt durcheinander gemischt, sich um die Sammelbüchsen drängten. Neben wenigen Kupferpfennigen und einzelnen Zehnpfennigstücken standen Spenden von 50- und 100-Markscheinen, ja auch Schecks von bedeutend höheren Beträgen wurden in die Büchsen gesteckt. Unbewacht, Volksgenossen unter Volksgenossen, standen die Minister und Staatssekretäre, die Führer der Partei und ihrer Organisationen mitten in der Menge. Mit Staunen und Verwunderung erlebten die Ausländer, die in den großen Hotels Unter den Linden oder am Potsdamer Platz anwesend waren, diesen „Tag der nationalen Solidarität". Ein bedeutender englischer Wirtschaftsführer äußerte, daß er es garnicht fassen könne, was sich dort draußen auf der Straße abspiele, denn er sei nach Deutschland gekommen in dem Glauben, daß die Berichte in der Emigrantenpresse richtig seien, daß jeder der sammelnden Minister von 300 Kriminalbeamten bewacht werden würde. Um so tiefer berühre es ihn, nun zu sehen, wie die nationalsozialistischen Minister, ohne einen einzigen Schutz notwendig zu haben, mitten in dieser riesenhaft wogenden Menschenmenge für ihre notleidenden Volksgenossen sammelten.

Rudolf Heß über die deutsch-französische Verständigung.

Der Stellvertreter des Führers in Bochum.

DNB **Bochum**, 9. Dez.

Am Sonnabend sprach in Bochum vor 40 000 Personen im festlich geschmückten Depot der Bochumer Straßenbahn der Stellvertreter des Führers, Reichsminister Rudolf Heß.

Er führte einleitend aus, daß der „Tag der nationalen Solidarität" an die Pflicht des Einstehens jedes Einzelnen im deutschen Volke für Alle, die der Hilfe bedürfen, erinnere. Wenn wir heute den „Tag der nationalen Solidarität" beginnen, so nicht etwa, um diese Solidarität herbeizuführen, sondern um dem erreichten Zustand der Solidarität des nationalen Deutschland Ausdruck zu geben. Es ist ein äußeres Zeichen dafür, daß jeder stolz darauf ist, am gemeinschaftlichen Werk der Hilfe teilhaben zu dürfen, wenn der Minister so gut wie der noch immer Arbeitslose für seine Volksgenossen sammelt. Rudolf Heß betonte, daß

das Winterhilfswerk keine endgültige Lösung bedeuten könne, sondern lediglich ein Aushilfsmittel darstelle. „Unser Ziel ist es", so fuhr er fort, „die deutsche Wirtschaft so gesund und ertragreich zu gestalten, daß jeder der arbeiten will, Arbeit und damit Verdienst in ausreichendem Maße findet und darüber hinaus dem Staat die Mittel zufließen, die ihm eine wirklich großzügige Alters- und Invalidenversicherung ermöglichen. Eine Gesundung der deutschen Wirtschaft setzt eine Gesundung der Wirtschaft der Welt voraus, und diese kann nur erreicht werden, wenn die Verständigung aller Völker die Verständigung herbeiführen. Hat eine solche Verständigung wieder Vertrauen geschaffen und normalen Güteraustausch herbeigeführt, hemmen nicht mehr politische Zwangs- und Boykottmaßnahmen den Gang der Weltwirtschaft, dann bedeutet dies zugleich eine Aktion internationaler Solidarität, die eine dauernde Besserung der Lage der Armen und Hilfsbedürftigen aller Völker zur Folge hat. Wir Deutschen können mit Ruhe der außenpolitischen Entwicklung entgegensehen. Wir tun außenpolitisch alles, um eine ruhige europäische Entwicklung mit herbeiführen zu helfen."

Zur Frage des Kriegsgeredes äußerte Rudolf Heß: „Ich kann mir denken, daß sich viele unserer Volksgenossen fragen, woher kommt denn eigentlich neuerdings das viele Gerede von Krieg und Kriegsgefahr? Daß sie sich sagen, wer in aller Welt hat denn nur die Absicht, Kriege zu führen? Oder wer hat ein Interesse daran, von Kriegsgefahr zu reden? Dazu möchte ich sagen:

Ich glaube an keine akute Kriegsgefahr. Ich glaube auch nicht, daß es verantwortliche Politiker, die wahre Beauftragte ihrer Völker sind, gibt, die zu einem Kriege treiben. Aber es gibt Interessenten am Mißtrauen der Völker.

Das sind Leute, denen jedes Mittel recht ist, wenn sie ein kleines Wortfeuerwerk für ihre Eitelkeit entzünden können, und dazu dient ihnen dann auch das Andiewandmalen von Kriegsgefahren. Das sind ferner Emigranten, die innerlich und äußerlich vaterlandslos nur ein Ziel haben: Rache an den Völkern, die sie ausgestoßen haben. Sie können nur im Trüben fischen. Sie können hetzen und lügen und mit Kriegsgerede Unruhe schaffen — sonst haben sie keinen politischen Daseinszweck! Auch einige Auslandsjournalisten leben vom Kriegsgerede, weil sie enttäuscht darüber sind, daß die Geschichte sich nicht nach ihren Leitartikeln richtet, und weil es so schön einfach ist und man auch keinen Charakter dazu braucht und auch kein Mut dazu gehört, aus einer verrauchten Redaktionsstube Gift zu spritzen gegen ein dagegen wehrloses Volk. Diese Herren betreiben ihr Handwerk unter dem Motto: „Deutschland rüstet auf, Deutschland gefährdet die Welt, wir hingegen müssen ihr den Frieden erhalten!"

„Den Frieden auf der Welt", so rief Heß seinen Volksgenossen zu, „erhalten die anständigen Soldaten viel eher als böswillige Leitartikler.

Ueber diese braucht man nicht zu reden. Sie arbeiten meist für einen bestimmten Zweck. Andere Berichterstatter des Auslandes treiben ihre Attacken gegen Deutschland vielleicht sogar in dem Glauben, wenn sie Deutschland diffamieren, dienten sie dem Frieden. Die meisten von diesen kennen das neue Deutschland gar nicht und noch weniger die Deutschen von heute! Wenn diese Herren draußen sich bei ihren Kollegen in Deutschland erkundigten, würden sie viel-

Ungarn-Ausweisungen aus Südslawien.



Obwohl der ungarisch-südslawische Konflikt gegenwärtig Gegenstand der Beratungen des Völkerbundsrates in Genf ist, werden in Südslawien die Ausweisungen ungarischer Staatsangehöriger fortgesetzt. Allein in dem südlichen Teil des Komitats Baranya, der zu Südslawien gehört, wurden in den letzten Tagen 8000 Ungarn ausgewiesen. Das Elend der Landesverwiesenen ist sehr groß. Sie werden vorläufig in besonderen Volksherbergen in Budapest untergebracht. Das Bild zeigt eine Truppe ausgewiesener Ungarn in einer Budapester Volksherberge, wo zunächst ihre Personalien aufgenommen werden.

Deutschland besiegt Ungarn im Handball-Länderkampf 14:3.

Rheinland gewinnt den Kunstturnkampf gegen Westfalen.

Auf der Raffelberger Bahn wurden die letzten Flachrennen gelaufen.

leicht doch eines besseren belehrt werden. Wir haben nämlich mit Freuden gesehen, daß bei denjenigen Vertretern der Auslandspresse, die sich aufrichtig um ein Kennenlernen Deutschlands bemühen, ein wachsendes Maß von Verständnis für das neue Deutschland vorhanden ist.

Es bleiben als Kriegstreiber und als Leute, die gern vom Krieg reden, im wesentlichen Elemente übrig, die nicht klar zu erkennen sind, und die meist auch keine Verantwortung tragen für das Schicksal der Völker. Daß diese Elemente niemals selbst in die Lage kommen würden, in einem Feldzug an der Front zu kämpfen, versteht sich von selbst.

Bezüglich der deutsch-französischen Situation stellte Rudolf Heß fest:

„Wir Deutsche sind heute nicht mehr der Meinung, daß Frankreich — wie wir es besonders zur Zeit des Ruhreinbruchs glauben mußten — die Vernichtung unseres Landes mit allen Mitteln betreibt. Eine veränderte Stellung Frankreichs zu Deutschland hat natürlich auch eine erfreuliche Aenderung der Einstellung Deutschlands zu dem Problem „Frankreich" mit sich bringen können. — Heute glauben wir, daß eine Verständigung mit Frankreich tatsächlich möglich ist,

und wir werden durch die Reden und Besuche französischer Frontkämpfer und durch die Antworten von Frontkämpfern anderer Länder auf unsere Friedensparole bestärkt.

Zum Schluß seiner Rede sagte der Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß: „Ich bin gebeten worden, dem Führer die Grüße aus diesem Gebiet zu überbringen; ich werde sie überbringen und ich werde dem Führer sagen, der Nationalsozialismus im Industriegebiet steht fester denn je." (Jubelnder, langanhaltender Beifall).

Die Worte des Ministers wurden oft durch lebhafte Zustimmung unterstrichen, besonders als Rudolf Heß über die Möglichkeit einer Verständigung mit Frankreich sprach.

Nach Schluß seiner Rede ging der Stellvertreter des Führers mit der Sammelbüchse durch die Reihen der Besucher, um für das Winterhilfswerk zu sammeln; die Gaben flossen reichlich.

Ein dreifaches Siegheil auf den Führer beendete die Riesenkundgebung.

40000 Amtswalter der Deutschen Front versammelt.

DNB **Saarbrücken**, 9. Dezember.

Vor den Toren Saarbrückens war vor einiger Zeit das große Zelt vom Nürnberger Parteitag aufgestellt worden, um angesichts des Verbots jeder öffentlichen Kundgebung im Saargebiet zu einer geschlossenen Versammlung größten Stils aufrufen zu können. Am Sonntagvormittag wurde dieses Zelt nunmehr seiner Bestimmung übergeben. 40000 Amtswalter aus allen Orten des Saargebietes füllten das Riesenzelt bis auf den letzten Platz.

Landesorganisationsleiter Brück gab in seiner Ansprache ein Bild von der Verantwortung und den schweren Aufgaben jedes einzigen saardeutschen Amtswalters. Eindringlich warnte Brück vor Provokateuren, die sich in die Deutsche Front einschleichen könnten, und erzählte von einem ihm bekannt gewordenen geheimen Befehl der kommunistischen Partei im Saargebiet, die ihre sämtlichen Ortsgruppen angewiesen habe, zehn Mann in die Deutsche Front übertreten zu lassen, um dort Zersetzungsarbeit zu leisten. Alle diese Machenschaften zerschellten jedoch an der inneren Geschlossenheit und Disziplin der Deutschen Front.

Der Propagandaleiter und Führer der deutschen Gewerkschaftsfront an der Saar, Peter Kiefer, richtete einen eindringlichen Appell an alle, am 13. Januar das Unrecht von Versailles auszulöschen. Ehrliche Anerkennung und warmen Dank zollte er dem Dreier-Ausschuß und seinem Präsidenten Baron Aloisi für die geleistete gute Arbeit. Eine klare Lage sei nunmehr geschaffen. Mit stürmischer Begeisterung dankte die Versammlung, als der Redner die Auffassung des gesamten Saardeutschtums dahin zusammenfaßte: Am 13. Januar werden wir die Ehre wiedererobern, die man uns in Versailles gegen unseren Willen raubte. Es geht nicht um kirchliche, religiöse oder sozialpolitische Fragen. Dem deutschen Volk an der Saar geht es nur darum, ob es bei seinem angestammten Volk und Vaterland bleibt oder ewig von ihm getrennt werden wird. Mit scharfen Worten geißelte Peter Kiefer sodann das Treiben der neugegründeten sogenannten Katholischen Parteigruppe. Unter Empörungsrufen der Versammlung verwies der Redner auf die verabscheuungswürdige Tatsache, daß sich die neue Partei ihre politischen Geschäfte von einer Presse besorgen lasse, deren Anhänger und Leser zu den erbittertsten Feinden des Christentums gehören. Unsere Pflicht ist es jetzt, so schloß der Redner, Deutschland wiederzugewinnen, um das Unrecht von Versailles zu beseitigen. Die Menge stimmte darauf begeistert das Deutschland- und das Horst-Wessel-Lied an.

Das Saargebiet stand im übrigen am Sonntag im Zeichen der großen Massenkundgebungen der Deutschen Front vor Beginn des Weihnachtsfriedens, den die Deutsche Front angesichts ihrer starken und unerschütterlichen Stellung schon jetzt verkünden kann. Ohne jede öffentlichen Ankündigung, ohne irgendwelche Zeitungsnotizen und Plakate fanden am Sonntag in 150 Orten des Saargebietes Versammlungen statt, die ungeheure Besucherzahlen aufwiesen.

Die internationale Polizeitruppe für die Saar.

DNB **Genf**, 9. Dezember.

Der Völkerbundsrat hat Sonnabend mittag in geheimer Sitzung über die Frage der nach dem Saargebiet zu entsendenden Truppenabteilung beraten. Es wurde beschlossen, dem Dreierausschuß den Auftrag zu erteilen, zusammen mit den in Genf anwesenden militärischen Sachverständigen und dem Präsidenten der Regierungskommission des Saargebietes, Knox, Einzelheiten hierüber festzulegen. Die Höhe der zu entsendenden Truppenmacht steht noch nicht endgültig fest. Man rechnet ebenso wie bei Holland mit einer zustimmenden Antwort Schwedens.

Status quo-Anhänger wandern aus.

DNB **Luxemburg**, 9. Dez.

Wie die luxemburgischen Blätter melden, ist in der Hauptstadt des Landes Luxemburg ein starker Zuzug aus dem Saargebiet zu bemerken, da sich anscheinend die Anhänger des Status quo und die früheren Emigranten aus Deutschland in dem kleinen westlichen Nachbarland neue Aktionsmöglichkeiten suchen. Sie versuchen, sich in Luxemburg niederzulassen, weil die Rückgliederung der Saar an das Reich nur noch eine Frage kürzester Zeit ist. In Luxemburg-Stadt und Umgebung ist eine starke Nachfrage nach Hausbesitz und Bauterrain eingetreten. In Luxemburg rechnet man damit, daß sich der Zuzug noch verstärken wird.

1100 Saardeutsche aus Amerika fahren zur Abstimmung.

§ **Chicago**, 9. Dezember.

Die deutsch-amerikanischen Gesellschaften in Chicago gaben bekannt, daß am Montag 300 Saardeutsche aus Chicago nach Newyork fahren, um mit weiteren 800 Saardeutschen am 16. Dezember zur Abstimmung nach dem Saargebiet abzureisen. Am Sonnabend abend hielten die Saarländer in Chicago ein Konzert und einen Ball ab, die die erforderlichen Reisegelder aufbringen sollten.

Laval gegen Ungarn.

„Wer einen Grenzstein versetzen will, zerstört den Frieden Europas."

Reden um den südslawisch-ungarischen Streit.

DNB **Genf**, 9. Dezember.

Der Völkerbundsrat setzte am Samstag die Behandlung des südslawisch-ungarischen Konflikts fort. Gleich bei Beginn gab der französische

Außenminister Laval

eine bedeutsame Erklärung ab. Er begann mit den Worten:

„Bei dieser schweren Auseinandersetzung steht Frankreich an der Seite Südslawiens." Südslawien habe mit außerordentlicher Selbstbeherrschung und Würde sein Unglück getragen. Es habe durch seine Ruhe einen Beweis seiner Stärke und Einheit geliefert.

„Die südslawische Regierung hat," so fuhr Laval fort, „den stärksten Beweis ihres Friedenswillens geliefert. Sie hat, in ihrer Vaterlandsliebe ins Herz getroffen, ihren Schmerz überwunden und sich nicht wie andere es vor 20 Jahren getan haben, selbst Genugtuung verschafft, sondern hat sich an Genf gewandt. Sie erwartet unsere Entscheidung. Es hängt deshalb auch von der Einrichtung in Genf ab, die Probe zu bestehen.

Gestern hat unsere plötzliche Entscheidung der Welt gezeigt, daß der Völkerbund verhindern kann, daß irgendwo die Ordnung gestört wird, indem er sich der militärischen Kräfte bedient, über die seine einzelnen Mitglieder verfügen; heute handelt es sich darum, Südslawien Genugtuung zu geben, indem wir die ganze moralische Autorität einsetzen, über die der Rat verfügt.

Zugleich gilt es, aus dem Attentat von Marseille die Lehre zu ziehen und für alle Zunkunft derartige Taten unmöglich zu machen."

Laval ging auf die südslawische Denkschrift ein und machte sich die wesentlichsten darin enthaltenden Anschuldigungen gegen Ungarn zu eigen. Ungarische Offiziere und Behörden seien beteiligt. Dagegen habe der ungarische Delegierte bestritten, daß die Regierung seines Landes unterrichtet gewesen sei. Er würde es vorgezogen haben, nichts über dieses politische Ziel zu sagen, daß mit diesen Terrorakten verknüpft sei. Aber da der Delegierte Ungarns selbst vom Revisionismus gesprochen habe, so wolle er sehr deutlich ein Wort wiederholen, das er vor der Kammer gesagt habe: „Wer einen Grenzstein versetzen will, stört den Frieden Europas"

Der französische Außenminister ließ dann das Urteil durchblicken, daß die ungarische Regierung zum mindesten fahrlässig gehandelt habe. Zum Schluß betonte Laval noch einmal, daß die beteiligten Regierungen nichts unterlassen dürften, um die Schuldigen zu entdecken und um auch die Helfer zur Verantwortung zu ziehen. Besonders habe die ungarische Regierung selbst die Pflicht, eine neue Untersuchung anzustellen. Der Rat aber müsse handeln. Das Verbrechen dürfe kein Instrument der Politik sein. Die Billigung einer internationalen Regelung müsse eines der Endziele dieser Aussprache sein.

Der italienische Delegierte

Baron Aloisi

erklärte, durch die Anklagen Südslawiens sei eine ganze Nation in ihrem Ehrgefühl verletzt worden. Es handele sich darum, ob Ungarn das im Juli getroffene Abkommen eingehalten habe oder nicht. Auf die frühere Zeit zurückzugreifen, erscheine rechtlich nicht zulässig. Ungarn könne sich aber darauf berufen, daß es schon früher einen Freundschafts- und Nichtangriffspakt mit Südslawien vorgeschlagen und eine Untersuchung über die Umstände, unter denen sich die südslawischen Terroristen betätigt hätten, angeboten habe. Der Rat habe sicher mit Erschütterung vernommen, daß gegen König Alexander von einer terroristischen Organisation in Brüssel ein regelrechtes Todesurteil ausgesprochen und in der Presse veröffentlicht worden sei. Wenn im Zusammenhang mit dem südslawischen Antrag vom ungarischen Revisionismus gesprochen worden sei, so könne der Rat nur davon Kenntnis nehmen, daß der ungarische Revisionismus friedlichen Charakter habe. Revisionismus sei nicht Terrorismus.

Italien habe als erstes Land den Grundsatz aufgestellt, daß die Verträge den wechselnden Zeitumständen angepaßt werden müßten, und zwar auf legalem Wege.

Es sei deshalb nicht zulässig, dieses Streben mit Terrorismus zu verwechseln. Die Anregungen zu internationalen Maßnahmen gegen den Terrorismus werde die faschistische Regierung aufmerksam prüfen. Sie sei jedoch davon überzeugt, daß hierfür eine Atmosphäre des Vertrauens und normaler internationaler Beziehungen notwendig sei.

Der russische

Volkskommissar Litwinow

erörterte das Problem des Terrorismus von der grundsätzlichen Seite. Die Sowjetregierung stehe dem Terrorismus, wie er sich in der Nachkriegszeit breitgemacht habe, mit Empörung und Ekel (!) gegenüber. Die Sowjetunion kenne seine Folgen aus eigener Erfahrung. Der Völkerbund müsse Mittel zu seiner Bekämpfung finden. Benesch habe mit Recht auf gewisse verwandte Erscheinungen des Terrorismus aufmerksam gemacht: Die Aufstellung bewaffneter Emigranten-Organisationen oder deren Duldung durch auswärtige Regierungen.

Der englische Delegierte

Eden

begann wie alle seine Vorredner mit Worten der Sympathie für das von dem Marseiller Anschlag schwerbetroffene Südslawien. Als englischer Vertreter könne er den vorliegenden Fall mit nicht geringerer Freundschaft, aber mit etwas mehr Abstand als andere betrachten. Er müsse gestehen, daß es ihm nicht ganz leicht falle, sich eine Meinung über die Verantwortung für die tragischen Vorfälle zu bilden, solange die Leute, die der Beteiligung an dem Marseiller Mord beschuldigt werden, noch nicht abgeurteilt seien. Eden ging hierauf zu der Frage der Bekämpfung des Terrorismus über. Er erklärte, der Gebrauch oder Mißbrauch des sogenannten Asylrechts berühre mindestens drei Seiten der staatlichen Organisation: Gesetz, Verwaltung und Verträge. Es sei zu prüfen, wie diese drei Faktoren einer einzigen Frage im innerstaatlichen und im internationalen Verhältnis wirkten. Eden schloß mit der Aufforderung an die Ratsmitglieder, jede Verschärfung zu vermeiden. Die Anstrengungen des Völkerbundes könnten keinen Erfolg haben, wenn nicht auf allen Seiten Mäßigung geübt werde. Leider sei in der Aussprache der letzten zwei Tage das Bestreben hervorgetreten, Dinge, die schon seit längerer Zeit Meinungsverschiedenheiten hervorriefen, die aber mit den vorgelegten Urkunden nicht unmittelbar zu tun hätten, in die Aussprache hineinzuziehen.

Der Vertreter Polens Komarnicki betonte, das polnische Volk habe lebhaftes Mitempfinden für die Trauer Südslawiens. Andererseits habe es eine tausendjährige Erfahrung mit dem ungarischen Volke, dessen Ehrgefühl und nationale Würde es achte, und dessen alte Zivilisation aus denselben Quellen schöpfe wie die polnische. Bei dieser Sachlage könne Polen die strittige Frage in voller Sachlichkeit prüfen. Polen verwerfe auf das entschiedenste alle terroristischen Methoden. Deshalb sei es auch bereit, sich an allen Versuchen, die eine unterirdische Tätigkeit verhindern, zu beteiligen. Am Schluß seiner Rede forderte Komarnicki den Rat auf, auf einen Ausgleich zwischen den streitenden Parteien zu wirken.

Gegen 18 Uhr vertagte sich der Rat auf Montag vormittag.

Vorläufiges Gesamtergebnis der Sammelaktion.

Berlin, 9. Dezember.

Das vorläufige Gesamtergebnis der Sammlung am Tage der nationalen Solidarität dürfte 3½ Millionen Reichsmark erreichen. Im einzelnen wurden gesammelt: Baden 146 000 RM, Berlin 225 000 RM, Bayerische Ostmark 83 107 RM, Düsseldorf 98 000 RM, Essen 41 468 RM, Halle-Merseburg 72 526 RM, Hamburg 50 000 RM, Hannover-Ost 128 756 RM, Hannover-Süd 70 000 RM, Aachen 80 000 RM, Hessen-Nassau 230 503 RM, Koblenz-Trier 45 000 RM, Kurhessen 77 000 RM, Kurmark 183 296 RM, München-Oberbayern 114 000 RM, Magdeburg-Anhalt 163 782,44 RM, Mecklenburg-Lübeck 97 000 RM (es fehlen drei Kreise von 16), Ostpreußen 35 000 RM (16 Kreise von 40), Pommern 90 753,15 RM, Rheinpfalz 55 000 RM, Sachsen 258 320 RM, Schlesien 211 000 RM (fünf Kreise fehlen), Schleswig-Holstein 220 340,95 RM (Durchschnitt 15 Pfg. pro Kopf), Unterfranken 49 000 RM (es fehlen vier Kreise von 24), Mittelfranken 47 800 RM, Thüringen 130 947,50 RM, Weser-Ems 72 000 RM, Westfalen-Nord 100 000 RM, Westfalen-Süd 99 887,63 RM, Württemberg 82 650 RM (50 von Hundert der Kreise), Schwaben 70 000 RM (50 von Hundert der Kreise).

Unklare Hintergründe der Ermordung Kirows.

DNB. **Riga**, 9. Dezember.

Die Hintergründe der Ermordung Kirows sind noch in Dunkel gehüllt. Man hat von dem Täter Nikolajew nur das Alter, die Vornamen und seine frühere Tätigkeit bekanntgegeben. Er gehörte, wie man allgemein annimmt, der kommunistischen Partei der Sowjetunion an und stand zu Kirow in näherer Beziehung; er ist früher dessen Sekretär gewesen.

Nikolajew muß ohne Untersuchung, ob er Waffen bei sich habe, in das streng bewachte Smolny-Institut und in das Vorzimmer von Kirows Privaträumen gelangt sein, sonst wäre es unerklärlich, daß die Unterredung beider ohne Zeugen verlief. Kirow scheint, als er den Rücken wandte, durch einen Schuß in den Nacken aus einem Nagan-Revolver niedergestreckt worden zu sein. Dem Täter ist der Selbstmord mißglückt. Er war aber unfähig, eine Aussage zu machen.

Diesen allgemein verbreiteten Annahmen gegenüber ist von sowjetrussischer Seite noch keine offizielle Darstellung entgegengestellt worden. Man ist verschiedener Ansicht, ob das Attentat auf einem persönlichen Racheakt beruht oder ob innerparteiliche Zwistigkeiten hineinspielen.

Ob und inwieweit die in Leningrad und Moskau am 5. Dezember erschossenen 66 angeblichen Weißgardisten irgend eine Beziehung zu dem Attentat hatten, ist schwer zu sagen. Die Massenhinrichtung soll anscheinend Schrecken verbreiten, und sie beweist, daß der Einfluß der GPU und ihrer alten Methoden sich wieder verstärkt hat.

Lastzug fährt gegen einen Baum.

× **Soest**, 9. Dezember.

In der Nacht zum Sonntag fuhr ein Fernlastzug aus Weischlitz bei Plauen auf der Werler Landstraße gegen einen Baum. Der Führer des Lastzuges wurde auf der Stelle getötet, während sein Beifahrer schwere Verletzungen erlitt.

Tochter erschießt ihren betrunkenen Vater.

Berlin, 9. Dezbr.

Eine erschütternde Familientragödie spielte sich in den heutigen frühen Morgenstunden im Zentrum Berlins ab. Gegen 5 Uhr erschien ein 41 Jahre alter Arbeiter mit seiner geschiedenen Ehefrau in der Wohnung seiner verheirateten, noch jugendlichen Tochter. Er war betrunken und wurde gegen seinen Schwiegersohn und seine Tochter tätlich. Sie streckte ihn mit einem Pistolenschuß nieder. Der Vater, der blutüberströmt zusammenbrach, verstarb wenige Minuten darauf. Die Täterin, die in Notwehr gehandelt haben will, wurde von der Kriminalpolizei festgenommen und dem Polizeipräsidium eingeliefert.

Gruppenführer Dr. Zunkel tödlich verunglückt.

DNB **Weimar**, 9. Dezember.

Der Gauleiter von Thüringen teilt mit: Samstag abend verschied der SA-Gruppenführer und thüringische Staatsrat Dr. Gustav Zunkel an den Folgen eines schweren Autounfalls. Er beabsichtigte, mit seinem Kraftwagen zur Ausübung seiner Sammeltätigkeit anläßlich des Tages der nationalen Solidarität nach Apolda zu fahren. Sein Wagen geriet am Ausgang der Stadt Weimar, am Flughafen, infolge der Glätte der Straße ins Schleudern und schlug mit der rechten Hinterseite, wo gerade unglücklicherweise der Gruppenführer saß, gegen einen starken Baum. Dr. Zunkel wurde aus dem Wagen herausgeschleudert und fiel so unglücklich, daß er einen schweren Schädelbasisbruch erlitt. Es trat im Gehirn eine innere Blutung ein, dazu kam Atemlähmung und Herzschwäche, die dann den Tod herbeiführte. Gruppenführer Dr. Zunkel ist 48 Jahre alt geworden. Besonders tragisch ist, daß er erst kurz vor dem Reichsparteitag geheiratet hat.

Dreimal zum Tode verurteilt.

DNB **Stuttgart**, 9. Dezember.

Das Schwurgericht verurteilte am Sonnabend mittag den 35 Jahre alten Emil Weeber aus Bad Cannstadt wegen dreier Verbrechen des Mordes dreimal zum Tode und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit. Der Angeklagte, der das Urteil ohne die geringste sichtbare Gemütsbewegung entgegennahm, hatte am 15. Juli seine Ehefrau, seinen 8½ Jahre alten Sohn Emanuel und seinen 7jährigen Sohn Daniel durch Beilhiebe auf den Hinterkopf und Aufschneiden des Halses und der Pulsadern an den Handgelenken ermordet.

19 Tote bei dem Filmbrand in Perpignan.

(!) **Paris**, 8. Dezember.

Der Filmbrand in Perpignan hat zwei weitere Todesopfer gefordert. Damit ist die Zahl der Toten auf 19 gestiegen. Ministerpräsident Flandin hat 5000 Franken für die Hinterbliebenen der Opfer zur Verfügung gestellt.

Großrazzia gegen Rauschgiftschmuggler.

§ **Newyork**, 9. Dez.

Von den Bundesbehörden der Vereinigten Staaten wurde am Sonnabend im ganzen Lande eine überall gleichzeitig schlagartig einsetzende Aktion gegen den Rauschgifthandel unternommen. Die an vielen Stellen durchgeführten Großrazzien führten zur Verhaftung von etwa 500 Rauschgifthändlern, Mitgliedern der Riesenvertriebssyndikate und Rauschgiftkäufern. Rauschgift im Werte von vielen Tausenden von Dollar konnte beschlagnahmt werden. Im Chinesenviertel Chikagos wurden 11, in Pittsburgh 8 Chinesen verhaftet. Die Rauschgiftvertriebsorganisation von Cleveland hatte unter ihren Kunden zahlreiche Studenten, bei denen sie auch durch Gratisproben für den Rauschgiftbezug warb.

15 Opfer der Kälte in Newyork.

§ **Newyork**, 9. Dezember.

Dem plötzlich einsetzenden starken Frost sind in New York 15 Personen zum Opfer gefallen.

Neues in Kürze.

Mit sofortiger Wirkung beurlaubt wurde Studienrat Dr. Schulte durch den Oberstudiendirektor der Winrich-von-Kniprode-Schule in Marienburg wegen seiner Weigerung, am „Tag der Nationalen Solidarität" für das Winterhilfswerk mitzuarbeiten.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin" ist Sonntag nacht 22,50 Uhr unter Führung von Kapitän Lehmann zu seiner zwölften diesjährigen Südamerikafahrt, der sogenannten Weihnachtsfahrt, nach Rio de Janeiro gestartet. Unter den 19 Passagieren befindet sich auch der bekannte Afrika-Flieger Walter Mittelholzer.

Der Reichspropagandaleiter der NSDAP Dr. Goebbels gibt, wie die NSK meldet, bekannt: Die Leitung des Kulturamtes der Reichspropagandaleitung der NSDAP übernimmt mit sofortiger Wirkung Franz Moraller, Geschäftsführer der Reichskulturkammer. Ihm obliegt damit der gesamte sachliche, personelle und propagandistische Aufbau der Kulturarbeit im Rahmen der NSDAP.

Der Chef des Stabes, Lutze, hat folgende Verfügung erlassen: Meine Verfügung betreffend Kranzspenden ist verschiedentlich falsch ausgelegt worden, indem dazu übergegangen wurde, Kränze und ähnliches von den Einheiten selbst anfertigen zu lassen bezw. nicht bei den einschlägigen Geschäften zu bestellen. Hierdurch wurden Teile des Mittelstandes, Gärtner und Blumengeschäftsinhaber, geschädigt, was keineswegs gewollt war. Meine eingangs erwähnte Verfügung soll lediglich bezwecken, daß auch auf diesem Gebiete Einfachheit herrscht, wie sie dem SA-Mann entspricht und jede Art Rekordsucht bei solchen Spenden unterbleibt. Ohne Preistreiberei anzuwenden, sind einfache, geschmackvolle Kränze aus deutschen Erzeugnissen gefertigt zu beschaffen. Hierbei sind selbstverständlich die in Frage kommenden Gewerbezweige zu berücksichtigen und nicht durch Schwarzarbeit zu benachteiligen.

Ein Schurkenstreich verhindert.

Verbrecher planten einen Versicherungsmord.

Berlin, 9. Dezember.

Durch das rechtzeitige Eingreifen der Berliner Kriminalpolizei konnte ein Mordvorhaben in Verbindung mit einem raffiniert ausgeklügelten Versicherungsbetrug vereitelt werden. Am 30. November wurde Unter den Linden ein 55jähriger Albert Diesener festgenommen, der erst am 13. August 1934 aus dem Gefängnis entlassen worden war. Diesener hatte im Gefängnis einem Mitgefangenen erklärt, daß er ihm nach seiner Entlassung eine Tätigkeit mit einem großen Verdienst verschaffen wolle. Tatsächlich machte Diesener seinem früheren Mitgefangenen nach dessen Entlassung den Vorschlag, eine von ihm noch näher zu bezeichnende Person an einem abgelegenen Ort in der Mark — wohin Diesener die betreffende Person bringen wollte — mit einem Kraftwagen oder einem Motorrad totzufahren. Er selbst wolle dieser Person, die bei einer Lebensversicherung hoch versichert sei, die Lebensversicherungspolice abkaufen und sich die Lebensversicherungssumme bei Todesfall auszahlen lassen. Sein Helfer werde dann seinen entsprechenden Anteil abbekommen. Der Todesfall sollte als tödlicher Verkehrsunfall hingestellt werden. Sollte das Opfer nicht sofort tot sein, so solle der Helfer solange mit den Füßen auf der Brust herumtreten, bis der Tod eingetreten sei.

Diesener ging auch tatsächlich an die Vorbereitung der Tat, während der Mitgefangene der Kriminalpolizei Mitteilung machte. Als Opfer hatte Diesener einen 30jährigen Mann in Berlin ausersehen, nachdem sich die Mordabsicht bei einem Opfer aus Elsterwerda als unausführbar erwiesen hatte. Dieser junge Mann hatte seit 1930 eine Lebensversicherung über 20000 Mark bei Todesfall abgeschlossen, und hatte darauf schon 1500 Mark gezahlt. Da er arbeitslos wurde, wollte er diese Versicherung verkaufen und inserierte deshalb in einer Tageszeitung. Diesener trat mit ihm in Verbindung und verhandelte mit ihm über den Verkauf der Versicherung. Diesener bot ihm 800 Mark, wenn er zum Erben bei seinem etwaigen Tod eingesetzt würde. Der Versicherte, der in großer finanzieller Not war, war auch bereit, den Vertrag einzugehen. Diesener ging nun daran, die Vorbereitungen für den „Unglücksfall" zu treffen. Er besprach sich zu diesem Zweck mit seinem Opfer im Wartesaal des Bahnhofs Friedrichstraße, wobei sein früherer Mitgefangener sich sein kommendes Opfer aus der Entfernung unbemerkt ansehen sollte, damit er auch später ja den Richtigen töten konnte. Diese Besichtigung des Opfers ging aber schon unter den Augen der Kriminalpolizei vor sich. Bald darauf wurde Diesener aber von den Kriminalbeamten festgenommen, so daß es nicht mehr zur Ausführung des schändlichen Verbrechens kam.